

Ausgabe
4/2014

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



GOM
s o z i a l

5. bis 6. November 2014
Messezentrum Nürnberg

**Mission Sozialwirtschaft -
produktiv und menschlich**

Liebe Leserin, lieber Leser

mit acht ausgesuchten Beiträgen ziehen wir für Sie einen roten Faden durch das Programm der 16. ConSozial und wollen Sie neugierig machen auf diese zwei Tage.

Das Motto „Mission Sozialwirtschaft - produktiv und menschlich“ birgt einen herausfordernden Spannungsbogen. Wer in Wikipedia unter „Produktivität“ nachschlägt, wird bereits im ersten Absatz auf die Verwandtschaft zum Wort „Konstruktivität“ hingewiesen. Sofort folgen Begriffe wie Arbeits-, Maschinen- und Materialproduktivität. Das gewählte Adjektiv „menschlich“ passt sich da schwer ein. Mitarbeitende, insbesondere im Bereich der Pflege, der Erziehung und aktuell der Asyl- und Migrationsberatung - befragt nach ihren Rahmenbedingungen - tendieren wohl eher zum Adjektiv „unmenschlich“.

Die Dinge sind neu zu ordnen, so Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, Referentin für sozial- und gesellschaftspolitische Fragen der Evangelischen Kirche in Deutschland. Denn: Die Soziale Arbeit hat sich von einer auf Aufopferung setzenden Dienstgemeinschaft zu einem auch nach unternehmerischen Kriterien geführten Dienstleister mit selbstbewussten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt.

Social Return on Investment - Welche Wirkung haben Werkstätten für behinderte Menschen wirklich? Eine Studie misst den gesellschaftlichen Mehrwert von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und widerspricht der weit verbreiteten Auffassung, dass diese nur Kosten verursachen.

Migranten als Talente für den sozialen Bereich sehen und so den Fachkräftemangel verringern, diese Aufforderung formuliert Thomas Sattelberger, ehemaliger Personalvorstand der Deutschen Telekom.

Insgesamt gelte es, dringend Mittel und Wege einer Balance zu finden.

Auf der Grundlage und der Anforderungen der UN Behindertenkonvention gelte es in unserer Gesellschaft das System der Teilhabeleistungen zu einem modernen Teilhaberecht umzubauen, so Ulla Schmidt, Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Sie ist zuversichtlich bereits 2017 ein entsprechendes Bundesteilhabegesetz anwenden zu können. Gemeinsam mit Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, trifft Sie die Kernaussage „Teilhabe ist Menschenrecht!“

In ungewöhnlicher, intimer und herausfordernder Form führt das, das auf der ConSozial präsente Fotoprojekt „Gegensätzlich? Menschen mit und ohne Behinderung zeigen Leidenschaft“ vor Augen.

Wie groß und umfassend die gesellschaftlichen Herausforderungen sind, welch großer politischer Innovationen und gesellschaftlicher Bereitschaft zu gravierenden Änderungen es bedarf, zeigt bereits auch ein Blick auf die Seiten der Mitglieder der LAG Ö/F.

Der gesellschaftliche Beitrag, den die ConSozial im Sinne notwendiger Überzeugungsarbeit leisten kann, die treibende und gestaltende Kraft, die von ihr zugunsten einer Weiterentwicklung unserer sozialen Gesellschaft von morgen auszugehen vermag, ist groß.

Entscheidender Katalysator in diesem Prozess sind Sie, sehr geehrte Teilnehmende. Denn jeder von uns hat seinen festen Platz in der Gesellschaft, die wir gemeinsam gestalten.



Hendrik Lütke

INHALT

Soziale Welt

Die Seele des Sozialen S. 3

Die Arbeitswelt von morgen S. 4

Zwischenruf

Teilhabe ist ein Menschenrecht! S. 5

Welche Wirkung haben Werkstätten wirklich? S. 6

Eine Herausforderung für alle S. 7

Wo bleibt die Lebensqualität? S. 8

Ein Wunsch wurde Wirklichkeit S. 9

Fotoprojekt: Gegensätzlich? S. 10

Quereinsteiger - ein Allheilmittel? S. 12

Alle Mann in Deckung? S. 13

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit - Kita im Aufbruch S. 14

Panorama S. 15

Fachtag Betreuungsvereine S. 16

Mitgliedsorganisationen S. 18

Ehrenamtskongress 2014 S. 27

Bücher S. 28

Die Seele des Sozialen

Bewusstseinswandel von Unternehmen und Gesellschaft in Zeiten der Demografie und Globalisierung

W eit mehr als ein Jahrhundert ist vergangen seit die neuzeitliche Diakonie gegründet wurde und Otto von Bismarck die Sozialgesetzgebung ins Leben gerufen hat. Seitdem hat sich der Sozialstaat kontinuierlich weiter entwickelt und war bis in die Zeiten des Wohlfahrtsstaats erstaunlich stabil. In Folge des demografischen Wandels und der Globalisierung ändert sich dies jedoch seit Mitte der 80er Jahre mit der Wende, der europäischen Entwicklung und der Finanzkrise spürbar.

Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, Evangelische Kirche in Deutschland, stellt Wege vor, wie diese aktuellen Herausforderungen bewältigt werden können. In ihrem Vortrag „Die Seele des Sozialen“ wird sie eine breite Perspektive für Unternehmen und ihr Verhältnis zur Kirche einerseits sowie zur säkularen Gesellschaft andererseits entwickeln.

„In Zeiten, in denen die Staatsverschuldung hoch und Pflege nicht mehr nur eine Dienstleistung sein kann, ist zu überlegen, wie die Dinge neu zu ordnen sind“, so die Referentin. „Denn: Die soziale Arbeit hat sich von einer auf Aufopferung setzenden Dienstgemeinschaft zu einem auch nach unternehmerischen Kriterien geführten Dienstleister mit selbstbewussten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus verschiedenen sozialen Kontexten entwickelt.“

„Um zu begreifen, was das bedeutet, müssen wir erst einmal feststellen, was die Ursprungsenergien der Diakonie waren und wie wir diese heute an anderer Stelle einbinden wollen. Es geht um Gemeinschaft, Spiritualität und ehrenamtliches Engagement. „Sicherlich sind Kirche und Staat gefordert, doch auch unsere Gesellschaft braucht ein neues Bewusstsein“, ist die Referentin überzeugt. „Wir werden wieder einen fürsorglicheren Umgang entwickeln müssen.“ Ehrenamtliches Engagement sei hier genauso gefragt wie Toleranz bei Konflikten, die dort entstehen, wo Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenarbeiten.“

Eine Tatsache wird bei diesen Veränderungen sicher helfen: Offensichtlich sehnen sich die Menschen gerade wieder nach diesen Werten. Cornelia Coenen-Marx stellt fest: „Viele haben einen deutlichen Wunsch nach Gemeinschaft, einem aktiven Miteinander und gegenseitiger Unterstützung. Auch der Wunsch nach spiritu-



Cornelia Coenen-Marx
Evangelische Kirche in Deutschland
Email: Cornelia.Coenen-Marx@ekd.de

ellen Erfahrungen hat zugenommen. Klöster werden wieder häufiger besucht, und auch im Westen erfreut sich der Buddhismus immer größerer Beliebtheit.“

Was bleibt: Es wird dennoch einer gewaltigen Überzeugungsarbeit und Kraft bedürfen, um diese Änderungen auf allen Ebenen zu initiieren - in der Unternehmensführung wie in Nachbarschaftsinitiativen. Cornelia Coenen-Marx: „Letztlich gehört auch Mut dazu, sich an diese Umstrukturierungen und Innovationen zu wagen! Aber in diesen Prozessen werden ungeahnte Energien frei!“

Vortrag F9

ConSozial, 5. November, 16.30 Uhr

Die Seele des Sozialen

Cornelia Coenen-Marx

Oberkirchenrätin, Referentin Sozial- und Gesellschaftspolitische Fragen der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover

Die Arbeitswelt von morgen

Fachkräftenotstand: Bildungsoffensive und Wertschätzung fehlen bislang

Ende 2013 lag der Notstand an Pflegekräften laut Arbeitgeberverband Pflege bei 30.000. Bis Ende 2020 könnte sich diese Zahl, glaubt man Prognosen, verdoppeln „Das beschäftigt mich!“, sagt Thomas Sattelberger von der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA), Berlin. Er wird zum Thema „Arbeitswelten der Zukunft in der Kristallkugel - Soziale Innovation oder technokratisches Personalmanagement?“ referieren, und den einen oder anderen der hier angesprochenen Aspekte vertiefen.

„Es bedarf vor allem gravierender Bildungs- und Förderanstrengungen, indem man Brücken baut von den Hilfskräften bis zum oberen Management“, so der Referent. Er spricht vom „Breiten- und Spitzensport der Personalentwicklung“. Fragen, die sich stellen, sind beispielsweise: Wie kann man Hartz-IV-Empfängern oder den 1,4 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren, die keine Arbeit haben, über entsprechende Maßnahmen eine zweite Chance geben?

Auch Kooperationen seien ein wirksames Mittel: Es bestünden beispielsweise je nach Region Unterschiede, was den Fachkräftemangel betreffe, berichtet Sattelberger. „In einer der betroffenen Regionen ist man erfolgreich mit einer Zusammenarbeit dagegen angegangen, und zwar in Ostwestfalen-Lippe. Dort haben sich vier Fachhochschulen, eine Universität und mehrere Mittelständler zusammengeschlossen und inzwischen Arbeitgeberattraktivität des Clusters erzielt.“

Aber auch an anderer Stelle sieht Thomas Sattelberger Möglichkeiten, den Fachkräftemangel zu verringern. „Migranten werden bislang vor allem als reine Arbeitskräfte und nicht als Talente für den sozialen Bereich gesehen, obwohl sich der Nettozuwachs an hochqualifizierten Migranten seit den letzten beiden Jahren auf den des Höchststandes Anfang der 90-er Jahre hin entwickelt hat. Eine Wertschätzungs-, Willkommens- und Inklusionskultur der Wirtschaft wie der Sozialunternehmen lässt aber auf sich warten. Hier müssen wir Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit in die Personalentwicklung einbeziehen.“

Kopfzerbrechen bereite zudem, so der Referent, das Thema physische und psychische Belastung durch schlechte Führung und Betriebskultur, durch Schicht sowie Sonn- und Feiertagsdienste. Laut einer Befra-



Thomas Sattelberger

Ehemaliger Personalvorstand Deutsche Telekom, heute u. a. Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA)

gung des DGB sprechen 50 Prozent der Menschen, die in der Pflege- und Sozialarbeit tätig sind, von schlechten Arbeitsbedingungen. „Wir müssen dringend Mittel und Wege einer Balance finden.“

Und da kommt Sattelberger an einen weiteren, heiklen Punkt. „Auch im sozialen Bereich liegt eine Welle der Privatisierung hinter uns, die Renditeoptimierung greift weiter. Mit einer reinen Kosteneffizienz schreckt man aber nicht nur Mitarbeiter, sondern auch Kunden. Wer möchte schon wie in einer Pflegekaserne leben, in der individuelle Betreuung, die entsprechend qualifiziertes Personal mit einer adäquaten Bezahlung voraussetzt, eine Worthülse ist? Wir haben viel Nachholbedarf!“

Vortrag F12

ConSozial, 6. November, 10.30 Uhr

Arbeitswelten der Zukunft in der Kristallkugel - Soziale Innovation oder technokratisches Personalmanagement?

Thomas Sattelberger

Botschafter der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) Berlin

Teilhabe ist ein Menschenrecht!

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist in Deutschland am 24. März 2009 in Kraft getreten. Damit hat sich Deutschland dazu verpflichtet, die darin formulierten (Menschen-) Rechte in Deutschland umzusetzen. Seitdem ist viel passiert, aber große Herausforderungen auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft stehen uns noch bevor. Erreicht ist seitdem vor allem, dass das Thema Inklusion – wenn auch zumeist am Thema Schule – breit diskutiert wird. Insbesondere die Reformen verschiedener Schulgesetze haben zu einer Verbreiterung der Bewusstseinsbildung geführt. Nicht mehr nur in Fachkreisen wird über Inklusion diskutiert. Fragen danach, wie eine Schule für Alle gelingen kann, was fördernde und hemmende Faktoren sind, sind Streitthemen geworden, die viele Bürgerinnen und Bürger interessieren.

Als die UN-BRK 2006 in New York verabschiedet wurde, war Inklusion selbst in deutschen Fachkreisen noch ein Fremdwort und Behindertenpolitik eine Nische im deutschen Sozialrecht. Ein Bewusstsein für die neue menschenrechtliche Dimension von Behinderung und ihre Ausstrahlung in sämtliche Bereiche der Gesellschaft gab es nicht. Heute werden Menschen mit Behinderung, ihre besonderen Fähigkeiten und Bedarfe viel stärker wahrgenommen als noch vor fünf Jahren. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein ganzes Bündel an gesetzgeberischen Maßnahmen angekündigt, um Inklusion von Menschen mit Behinderung in

Deutschland voranzutreiben. Das ist sehr positiv und ein großer Erfolg vieler Menschen mit Behinderung und dem Engagement ihrer Verbände. Allerdings darf das Gerede von „Inklusion“ und „Beteiligung“ kein Selbstzweck sein. Vielmehr müssen in Politik und Gesellschaft spürbare Verbesserungen für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung umgesetzt werden.

Die meiste Aufmerksamkeit erhält neben der Schuldiskussion auf Landesebene aktuell die Arbeit am Bundesteilhabegesetz auf Bundesebene. Dieses neue Gesetz ist eine wichtige Grundlage dafür, dass die Leistungen zur Teilhabe künftig nicht mehr Bestandteil der Fürsorge sind, sondern Leistungen auf die Menschen mit Behinderung ein Recht haben: Sie sollen einen Nachteilsausgleich bewirken und nicht von Bedürftigkeit abhängen. Hierfür lohnt es sich zu streiten. Außerdem müssen die Leistungen weiterhin bedarfsdeckend sein, festgestellt mit einem neuen bundeseinheitlichen Bedarfsfeststellungsverfahren, wie es der Koalitionsvertrag ausführt: Unter Beteiligung des Menschen mit Behinderung, dessen Teilhabe gesichert werden soll. Hierfür ist eine unabhängige Beratung wesentlich, die eine sinnvolle und personenzentrierte Deckung der Bedarfe ermöglicht – unter Beachtung der individuellen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt der Vorstellungen des Menschen mit Behinderung.

Die Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und darunter auch die Leistungen zur Teilhabe



Ulla Schmidt

Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe, MdB und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

an Arbeit müssen personenzentriert ausgestaltet werden. Jeder Mensch mit Behinderung soll frei wählen können, wo und mit wem er wohnen und an welchem Arbeitsplatz er arbeiten möchte. Dort erhält er dann die Unterstützung, die er braucht. Bei alle dem gilt es, die Leistungen der Pflege- und der Krankenversicherung nicht aus dem Auge zu verlieren. In beiden Systemen muss der gewählte Wohnort des Menschen mit Behinderung als Häuslichkeit anerkannt werden mit der Folge, dass er oder sie auch dort die häuslichen Pflegesachleistungen bzw. die Leistungen der Häuslichen Krankenpflege beanspruchen kann.

Der Katalog an Anforderungen, die beim Umbau des bestehenden Systems der Teilhabeleistungen zu einem modernen Teilhaberecht zu beachten sind, hat noch viele weitere Facetten. Diese werden wir als Lebenshilfe nun in das Beteiligungsverfahren der Bundesregierung einbringen. Ich bin optimistisch, dass wir 2017 ein Bundesteilhabegesetz anwenden können, das den Anforderungen der UN-BRK schon um ein Vielfaches näher kommt. So kann der Weg in eine inklusive Gesellschaft Schritt für Schritt gelingen.

Welche Wirkung haben Werkstätten wirklich?

Studie misst den gesellschaftlichen Mehrwert von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung



Dr. Jochen Walter
Stiftung Pfennigparade, München
Email: Jochen.Walter@pfennigparade.de



Professor Dr. Bernd Halfar
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Email: halfar@xit-online.de

Welche wirtschaftliche Bedeutung haben Werkstätten für Menschen mit Behinderung für die Gesellschaft? Im Bewusstsein vieler Bürger lautet die Antwort: „Sie verursachen Kosten!“ – keine qualifizierte, aber weit verbreitete Meinung. Professor Dr. Bernd Halfar, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, und Dr. Jochen Walter, Vorstand der Stiftung Pfennigparade, München, sowie Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM), stellen bei der ConSozial eine Studie vor, die die tatsächlichen ökonomischen Effekte von Werkstätten misst.

„Auf Basis einer breit angelegten bundesweiten Studie, in die man die Daten von über 26 Werkstätten einbezogen hat, wurde mit der Methode des Social Return on Investment (SROI) ermittelt, welche Zahlungsströme im „Werkstattssystem“ laufen, welche Nettozahler und -empfänger in welchem Ausmaß eingebunden sind, wer profitiert und wer eher nur zahlt. Die über alle Bundesländer verteilten Werkstätten dieser Studie repräsentieren sieben Prozent der Werkstattplätze und bilden eine statistisch belastbare Aussage. Anhand von Geldströmen, die als Steuern, Abgaben, Sozialversicherungsbeiträge, individuelle Sozialleistungen, Leistungsentgelte, Produktionserlöse durch das System fließen, wurde insbesondere analysiert, welche Leistungen an die Gesellschaft zurückgehen. Jede Werkstatt hat für die jeweilige Region wirtschaftliche Wirkungen, die sich aus der Kaufkraft der Beschäftigten, aus Investitionen, Beschaffungen ergeben. Über sogenannte „Multiplikatoreffekte“, in dieser Studie empirisch berechnet, lassen sich die Arbeitsplatz-, zusätzliche

Konsum- und Steuereffekte aufzeigen, die in anderen Branchen durch eine Werkstatt geschaffen werden. Mittels der Studie wurde auch berechnet, welche Alternativkosten der Gesellschaft durch diese Einrichtungen erspart bleiben. Die Fragestellung dazu lautete: Wo wären die Klienten, wenn sie nicht in einer Werkstatt arbeiteten? Anders ausgedrückt: Welche Nettokosten ergäben sich für den Steuerzahler?

So entstand sozusagen eine Kosten-Nutzen-Analyse, die eine fundierte Rundumsicht ermöglicht. Der SROI von Werkstätten für Menschen mit Behinderung zeigt den Aufwand und Ertrag der Gesellschaft und hilft, sozialpolitische Entscheidungen zu versachlichen. Professor Dr. Bernd Halfar und Dr. Jochen Walter werden Interessierten ein mehrstufiges SROI-Rechenmodell vorstellen, wie die jeweiligen Ergebnisse entstanden sind.

ConSozial, 6. November, 10.30 Uhr

Social Return on Investment: Den gesellschaftlichen Mehrwert von Werkstätten messen

Professor Dr. Bernd Halfar
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Dr. Jochen Walter
Vorstand der Stiftung Pfennigparade, München
Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM)

Vortrag F15

Eine Herausforderung für alle

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Bereicherung

Inklusion ist und bleibt eine Herausforderung – und zwar für alle, für die gesamte Gesellschaft. „Inklusion geht alle Menschen an, Menschen mit und ohne Behinderung. Unsere Gesellschaft kann sich nur verändern, wenn wir alle in der Inklusion eine Chance sehen,“ ist Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, überzeugt. In ihrem Vortrag „Inklusion: Gesellschaft gestalten“ zeigt sie anhand konkreter Beispiele wie Inklusion uns alle fordert und fördert.

Woran denken Sie, wenn Sie das Stichwort Inklusion hören? Dieses vielzitierte Wort wird Land auf, Land ab verwendet. Mit dem Begriff Inklusion verbindet jeder etwas anderes, die einen denken an Schule, die anderen an den Arbeitsmarkt oder an gemeinsames Wohnen. „Inklusion bedeutet, dass in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens ein Umdenken und Neudenken stattfinden muss. Wenn wir beispielsweise von Anfang an barrierefreien Wohnraum planen, dann können Menschen mit und ohne Behinderung, alte und junge Bewohnerinnen und Bewohner, Familien und



Verena Bentele

Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange behinderter Menschen
Email: buero@behindertenbeauftragte.de

Menschen mit Migrationshintergrund ohne Probleme gemeinsam leben.“

Barrierefreies Zusammenleben meint aber nicht nur die Rampe am Eingang. Gemeint ist auch, dass jeder die für ihn passenden Informationen nutzen kann – beispielsweise im Web, in leichter Sprache. Wichtig ist außerdem, dass jeder Mensch entscheiden darf, wann er von wem Unterstützung in Anspruch nehmen möchte.

Bentele, die sich für ein neues Bundesteilhabegesetz stark macht, geht in ihrem Vortrag auf die Notwendigkeit ein, jedem Menschen die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu ermöglichen. Als von Geburt an blinde Frau bringt die Behindertenbeauftragte des Bundes ihre eigenen Erfahrungen in ihre Arbeit ein und setzt sich für eine Gesellschaft ein, die Vielfalt als Bereicherung wertschätzt. „Teilhabe ist ein Menschenrecht“, macht Verena Bentele deutlich. „Jeder von uns hat einen festen Platz in der Gesellschaft, den wir gemeinsam gestalten.“



Plenumsvortrag

ConSozial, 6. November, 9.45 Uhr

Verena Bentele

Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange behinderter Menschen

Wo bleibt die Lebensqualität?

Die erste Generation von Menschen mit geistiger Behinderung erreicht das Rentenalter

Erstmal hat jetzt eine Generation von Menschen mit geistiger Behinderung das Rentenalter erreicht. In welcher Situation diese Menschen leben, wie es ihnen gesundheitlich geht oder wie sie ihre Lebensqualität beurteilen, ist in Deutschland noch wenig erforscht. Dr. Heidrun Metzler, Universität Tübingen, stellt die Studie „Alter erleben - Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung“ vor, die sie mit dem Psychologen Friedrich Dieckmann von der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen geleitet hat.

„Dies ist die erste Erhebung, die Primär-, also Originaldaten gewonnen hat“, erklärt die Wissenschaftlerin. „In der Vergangenheit hat man mehr über Konzepte nachgedacht, die nicht immer empirisch belegt waren. Jetzt liegen Fakten zumindest für Baden Württemberg vor.“ Was eindeutig festgestellt wurde, ist der Zusammenhang zwischen mangelnder medizinischer Versorgung beziehungsweise Bildung und dem gesundheitlichen Zustand eines Menschen im Alter. Insbesondere die Nachkriegsgeneration war hier eindeutig benachteiligt.

Darüber hinaus sei auch folgender Aspekt wichtig: „Die Reihe chronischer Erkrankungen, die sich im Alter verschlechtern.“ Die Wissenschaftlerin nennt hier als Beispiel das Down-Syndrom. Hatten 1969 Menschen mit diesem Syndrom eine Lebenserwartung von nur etwa 18 Jahren, werden sie internationalen Studien zufolge heute im Durchschnitt etwa 60 Jahre alt. „Natürlich haben sie deutliche Einschränkungen, aber sie können dennoch ein zufriedenstellendes Leben führen. Nicht nur eine gute Betreuung in Einrichtungen der Behindertenhilfe, sondern vor allem auch eine kompetente medizinische Begleitung sind hier oft das Mittel der Wahl.“

„Um zu entscheiden, was für den jeweiligen Menschen im Alter getan werden kann und muss, ist zuerst die Situation in der Herkunft-Familie anzusehen“, fordert die Referentin. „Bemerkenswert ist da in der Regel, was Eltern leisten. Eine frühzeitige Beratung kann unterstützen. Dabei geht um die Frage, wie wir die Angehörigen entlasten können.“ Damit sie als Hilfe empfunden werde, müsse sich die Beratung allerdings differenzieren. „Stark einzubeziehen ist nicht zuletzt die emotionale Beziehung dieser Menschen zueinander.“

Dr. Heidrun Metzler

Universität Tübingen

Email: heidrun.metzler@uni-tuebingen.de



Insgesamt macht die Studie deutlich, dass sich Menschen mit Behinderung im Alter in heterogenen Lebenslagen befinden: Ihre biografischen Erfahrungen, ihr Zugang zu Bildung und ihr Lebensstil unterscheiden sich erheblich. Daher ist in Frage zu stellen, ob pauschale Lösungen wie Leistungstypen diesen Menschen tatsächlich helfen, das Rentenalter für sie befriedigend zu gestalten.

ConSozial, 6. November, 10.30 Uhr

Gesundheit und Lebensqualität von älter werdenden Menschen mit geistiger Behinderung

Dr. Heidrun Metzler

Geschäftsführerin der Forschungsstelle „Lebenswelten behinderter Menschen“ an der Universität Tübingen

Vortrag F19

Ein Wunsch wurde Wirklichkeit

23 Menschen mit geistiger Behinderung leben in einem ganz normalen Wohnhaus



Irit Kulzk

Email: ikulzk@zukunftssicherung-ev.de

Andreas Wolter

Email: a.wolter@phoenix-ggmbh.de

So wohnen wie andere - können das Menschen mit einer geistigen Behinderung? Bei einem Treffen des Vereins Zukunftssicherung Berlin e.V. für Menschen mit geistiger Behinderung äußerten Eltern 2008 diesen Wunsch. Ende 2012 wurde er Wirklichkeit. Wie heute 23 junge Erwachsene in einem Haus entweder in Gruppen oder allein in einer Wohnung leben, werden Irit Kulzk, Geschäftsführerin des Vereins bei der ConSozial, und Andreas Wolter, Geschäftsführer des ambulanten Pflegedienstes von Phönix, vorstellen.

Das Projekt „Inklusives Verbundwohnen“ ermöglicht jungen Menschen mit Assistenzbedarf ein ihren Fähigkeiten entsprechendes, selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden. „Das persönliche Budget erlaubte es uns, anders zu denken und neue Wege zu gehen“, sagt Irit Kulzk. So entstanden durch die Leistungen zweier Träger, einmal der Behindertenhilfe und zum anderen eines Pflegedienstes, neue Strukturen und damit ein völlig neues Angebot - auch mit einer Betreuung während der Nacht.

Ein Teil der Menschen, die in diesen Gruppen leben, ist sehr selbstständig, der andere unter Umständen schwer behindert. „Unser Konzept ermöglicht es, individuelle Hilfe trotz sehr unterschiedlicher Bedarfe geben zu können“, erläutert die Geschäftsführerin. „Nur maximal vier Personen leben in einer Gemeinschaft. Der Blick auf den Einzelnen ist gewährleistet.“ Ziel sei es, lebenspraktische Fähigkeiten zu vermitteln, zu erhalten und zu stärken. „Der eine Mitbewohner braucht beispielsweise Unterstützung, weil er eine Arbeitsstelle sucht, der andere kommt mit seinen Haushaltsausgaben nicht klar.“

Die Nachbarn sehen das Projekt übrigens positiv. Dazu waren zwar viele klärende Gespräche nötig, letztlich konnten aber alle für die Idee gewonnen werden. Das war ein weiterer Baustein, der dort Menschen mit geistiger Behinderung ein Leben in „Normalität“, ein Miteinander ermöglichen sollte.

Inzwischen ist das Projekt bekannt und Nachahmung erwünscht. Die bürokratischen Hürden sind aber noch immer hoch. „Auch wir mussten kämpfen“, erinnert sich Kulzk. „Trotz der Bemühungen aller Beteiligten gab es, selbst als das Haus schon umgebaut und alle Vorbereitungen getroffen waren, noch keine einzige Kostenzusage für die jeweiligen Budgets. Außerdem mussten wir in vielen Gesprächen Bedarfe erklären und gegeneinander abgrenzen, weil dieser Ansatz, also die Kombination dieser Leistungen, neu war. Schließlich ist es uns gelungen, die Finanzierung der individuellen persönlichen Budgets für bis zu zwölf Monate zu erhalten.“

Wie es weiter ging, wo noch Fallstricke zu umgehen waren und Überzeugungsarbeit geleistet werden musste? Antworten gibt es beim Kongress.

ConSozial, 6. November, 13 Uhr

Inklusives Wohnen mit persönlichem Budget

Irit Kulzk

Geschäftsführerin des Vereins Zukunftssicherung Berlin e.V. für Menschen mit geistiger Behinderung

Andreas Wolter

PHÖNIX - Soziale Dienste - gGmbH

Gegensätzlich? - Menschen mit und ohne Behinderung zeigen Leidenschaft

Fotoprojekt

Inklusion einmal von einer anderen Seite zeigt die Ausstellung „Gegensätzlich“ des Außergewöhnlich e. V.

Die Fotos, mit denen sich der Verein an das Tabuthema „Sexualität und Handicap“ gewagt hat, sind ästhetisch wie erotisch inszeniert und laden den Betrachter ein, eigene Normen zu überdenken. Moderieren wird die Schirmherrin der Ausstellung des Außergewöhnlich e. V., das bekannte Rollstuhlmodel Nina Wortmann.

Teilnehmer des Shootings werden außerdem erzählen, wie sie sich dabei gefühlt haben und was sich für sie seit dem geändert hat. Spannend!

www.aussergewoehnlich-ev.de

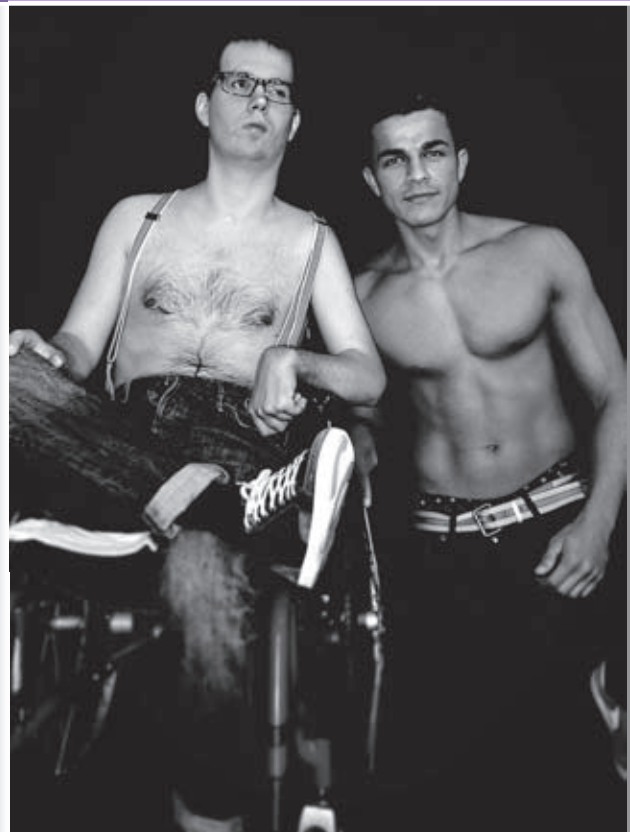




Ein Fotoprojekt

ConSozial, 6. November, 11.45 Uhr

**Gegensätzlich?
Menschen mit und ohne Handicap
zeigen Leidenschaft.**



Alle Fotos: Jan-Daniel Carpentier

Quereinsteiger – ein Allheilmittel?

Fachkräftemangel in der Pflege: Wie man auch gegensteuern kann



Andreas Hamann
IBAF Institut für berufliche Aus- und
Fortbildung gGmbH, Rendsburg,
Schleswig-Holstein
Email: andreas.hamann@ibaf.de



Syelle Dörschner
Stiftung Diakoniewerk Kropp
Email: s.doerschner@diakonie-kropp.de

Kann man den Fachkräftemangel im Pflege und Sozialwesen mit Quereinsteigern in den Griff bekommen? „Ein Allheilmittel sind sie nicht“, räumt Pastor Andreas Hamann, Geschäftsführer des Instituts für berufliche Aus- und Fortbildung gGmbH (IBAF) in Rendsburg, Schleswig-Holstein, ein, „aber eine Chance!“

Bereits heute zeichnet sich ein deutlicher Mangel an Pflegekräften und auch Erziehern in Deutschland ab. Die Bundesagentur für Arbeit hat den Beruf des Pflegers bereits zum Mangelberuf erklärt. „Gesellschaftlich wird dies jedoch noch zu wenig bedacht“, sagt Hamann. Die Nachkriegsgeneration geht jetzt in den Ruhestand. Die Menschen werden älter, gleichzeitig gibt es aber immer weniger Jugendliche, die in diese Berufe nachrücken. Das ist Fakt.

„So werden heute die wenigen Auszubildenden häufig in den ganz normalen Dienst mit eingeplant. Da ist keine vernünftige Ausbildung mehr möglich“, weiß der Pastor. „Altenheime, Wohngruppen und Stationen kommen immer mehr in Bedrängnis und suchen händeringend nach Lösungen. Menschen mit anderen beruflichen Qualifikationen sind da durchaus eine Option“, erklärt Hamann. „Weshalb soll beispielsweise

eine 45-jährige Mutter, die drei Kinder großgezogen hat, nicht in der Lage sein, nach einer verkürzten Ausbildungszeit, ältere Menschen zu pflegen. Sie hat ein gewaltiges Basiswissen.“

Der IBAF-Geschäftsführer denkt aber auch über Migranten und Migrantinnen nach: „Allerdings muss man hier genau nachfragen, wie die Ausbildung im jeweiligen Land aussieht. Spanier sind in Pflegeberufen beispielsweise wesentlich breit gefächerter qualifiziert als Deutsche. Sie haben eine fünfjährige Ausbildung und an einer Stelle in Deutschland kaum Interesse.“ Man müsse schon genau hinsehen, was die Fachkräfte in anderen Ländern gelernt hätten. Es müsse kompatibel sein. Andreas Hamann: „Zur Zeit sind wir in Gesprächen mit einem Geschäftsmann aus China, der hier Landsleute qualifizieren lassen möchte. Wir werden sehen...“

Starker Mangel herrscht wie erwähnt zunehmend auch bei Erziehern und Erzieherinnen - vor allem, nachdem jetzt in Deutschland für Kinder unter drei Jahren ein Kita-Platz zur Verfügung gestellt werden muss. „Plätze sind zwar inzwischen genügend da“, stellt Hamann fest, „aber Arbeitskräfte, die mit Kleinstkindern umgehen können, nicht.“

Quereinsteiger verkürzt ausbilden zu wollen, ist also unter Umständen eine Möglichkeit. „Im Augenblick wird nicht nur deshalb diskutiert, die Steuermittel, die die Schulplätze finanzieren, zu erhöhen“, berichtet Andreas Hamann. „Wir brauchen entsprechende Finanzen. Zuletzt wurden diese Steuermittel Ende der 90er Jahre aufgestockt!“ Wie es weiter geht? Die ConSozial bietet Einblicke mit Praxisbeispielen zum Thema.

ConSozial, 6. November, 13 Uhr

Allheilmittel Quereinsteiger? Erfahrungen und Handlungsoptionen

Pastor Andreas Hamann
Geschäftsführer des Instituts für berufliche
Aus- und Fortbildung gGmbH (IBAF), Rendsburg,
Schleswig-Holstein

Syelle Dörschner
Stiftung Diakoniewerk Kropp

Alle Mann in Deckung?

Kommunikation im Web 2.0 oder wie man aus der Krise kommt



Daniel Wagner
Diakonisches Werk Bayern e.V.
Email: wagner@diakonie-bayern.de

Früher war alles ganz einfach: Wer etwas an einer Einrichtung auszusetzen hatte, schrieb einen Beschwerdebrief. In der Regel wurde dieser sorgfältig beantwortet. Wenn die Kritik berechtigt schien, zog die betroffene Institution Konsequenzen. Das war's dann aber auch. Die Öffentlichkeit bekam davon nur dann etwas mit, wenn es den Kritikern gelang, die Medien für „ihr“ Problem zu interessieren. Heute ist das anders. Dank Web 2.0 wissen alle alles, nimmt die Geschichte unter Umständen einen ungeahnten Lauf.

Eine Krise ist für jedes, auch soziale Unternehmen, schon übel genug. Mit facebook, Twitter, google+ und change.org erlangen solche Prozesse aber eine ganz neue, massive Dynamik, die unter Umständen kaum noch zu kontrollieren ist. „Ein Teil der Träger hat sich hier ganz gut etabliert“, stellt Daniel Wagner, Pressesprecher des Diakonischen Werks Bayern fest, „Diese Verantwortlichen gehen inzwischen sehr kreativ und angstfrei mit den neuen Medien um. Andere wiederum sind noch recht unbedarft.“ Die zentrale Frage bleibt: Wie reagiert man auf Kritik im Netz?

„Man muss aufpassen!“, so der Referent, der bei der ConSozial anhand praktischer Beispiele Krisenverläufe und Szenarien aufzeigen, diskutieren und Gegenstrategien vorstellen wird. Eines steht fest: Sobald sich jemand zu einer Einrichtung äußert, lesen es viele und reden mit. Blitzschnell können es 50 und mehr Personen sein. Hier findet ein unmittelbarer öffentlicher Austausch statt, Kommunikation in Echtzeit. „Dabei gibt es zwei Möglichkeiten“, so Wagner, „entweder man lässt alles geschehen oder man greift ein. Das heißt nicht, dass man autoritär wird oder etwas tot schweigen will. Man nutzt einfach die Möglichkeit, kompetent zu antworten und dabei Dinge eventuell richtig zu stellen.“

Das ist noch für viele der Verantwortlichen von Sozialeinrichtungen ein Lernprozess, denn plötzlich wird öffentlich über das eigene Verhalten debattiert – noch dazu schnell. Ein Tag ohne Reaktion, und schon ist etwas mehr oder weniger fest geschrieben, eine wirkungsvolle Korrektur kaum mehr möglich. „Um das zu vermeiden, sind Krisenpläne unabdingbar und zwar im Vorfeld, nicht erst, wenn etwas passiert ist“, betont der Pressesprecher. „Diese Vorbereitungen sind unbedingt nötig, wenn man negative Folgen für die Einrichtung vermeiden will.“

Laut einer Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V., sind 78 Prozent der Internetnutzer in Deutschland in einem sozialen Netzwerk angemeldet, 67 Prozent nutzen es aktiv. Diese Tatsache kann auch die Öffentlichkeitsarbeit sozialer Unternehmen nicht ignorieren. Etwas aber sollte man sich dabei klar machen: Diese Tatsache bedeutet nicht zwangsläufig immer nur Ärger, sondern bietet auch eine Chance.

Vortrag F13

ConSozial, 6. November, 10:30 Uhr

Alle Mann in Deckung? Shitstorms und die Krisenkommunikation im Web 2.0

Daniel Wagner
Pressesprecher
Diakonisches Werk Bayern e. V., Nürnberg

Mit Messe-Forum
KITA 2014

Zwischen
Anspruch und
Wirklichkeit
**KITA im
Aufbruch**

KITA
Kongress
der ConSozial

6. Nov. 2014
Messezentrum Nürnberg

Neue Impulse
aus der Praxis
für die Praxis!

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit Kita im Aufbruch

Kaum ein Bereich der sozialen Arbeit unterliegt einem so grundlegenden Wandel wie die Kindertagesbetreuung. Der dynamische Ausbau der Kinderkrippen, die Umsetzung der Bildungspläne, der Inklusionsauftrag, die von Kommunen und Eltern gesuchten Hortplätze..., sind nur einige Parameter dieses Wandels. Hohe Ansprüche an die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und an die Kompetenzen des frühpädagogischen Personals werden gestellt und es gilt die unterschiedlichen Perspektiven von Eltern, Trägern, Kommunen und Erzieherinnen mit den Bedürfnissen der Kinder zu vereinbaren.

Kindertageseinrichtungen müssen diese unterschiedlichen Sichtweisen aushalten. Unter dem Motto „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Kita im Aufbruch“ greift der Kongress zentrale Fragen in fünf Entwicklungsimpulsen auf. Diese von der Praxis für die Praxis gestalteten Beiträge, die Raum für Diskussion geben, sollen dazu anregen, aktuelle Themen zu vertiefen und den reflektierten Anspruch Wirklichkeit werden zu lassen.

Im gemeinsamen Abschlussplenum werden die Eindrücke und Ergebnisse des Tages auf unterhaltsame Weise zusammengeführt.

www.kita-kongress.consozial.de

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten

Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (ISSN 1617-710X)

Herausgebende

Robert Scheller, Vorsitzender
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende
Hendrik Lütke, Geschäftsführer

Verlag: Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen

Hendrik Lütke (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14
80638 München
Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2014.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Redaktionsschluss

der Ausgabe 5/2014: 6. November 2014
Die *Bayerischen Sozialnachrichten* erscheinen in jährlich fünf Ausgaben mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.

Abonnementpreis

incl. Versandkosten u. Mehrwertsteuer 20,45 Euro pro Jahr. Kündigung des Jahresabonnements schriftlich bis sechs Wochen zum Jahresende. Bei Abonnenten, die am Lastschriftverfahren teilnehmen, wird der Jahresbetrag ohne Rechnungsstellung eingezogen.

Layout und Produktion:

Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8, 85055 Ingolstadt
Tel. 0841/456 77 66 | ingemayer@t-online.de

Druck: Jugendwerk Birkeneck
Birkeneck, 85399 Hallbergmoos

Bescheide zur Mütterrente werden verschickt

In Kürze erhalten die ersten Rentnerinnen und Rentner ihre Bescheide zur Mütterrente. Dies teilt die Deutsche Rentenversicherung mit. Allein von den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung in Bayern werden in den nächsten Wochen knapp 800.000 Bescheide versandt. In Einzelfällen sind noch weitere Ermittlungen notwendig.

Alle Mütter, die im Juni 2014 bereits eine Rente bezogen haben, erhalten zum 1. Juli rückwirkend den Zuschlag für die Mütterrente.

Voraussetzung ist, dass ihre vor 1992 geborenen Kinder bereits vorher bei der Rente berücksichtigt wurden. Die Rente erhöht sich für jedes vor 1992 geborene Kind um 28,61 Euro (West).

Für Fragen rund um die Mütterrente hat die Deutsche Rentenversicherung ein kostenloses Servicetelefon eingerichtet:

Unter 0800 1000 480 55 erhält man von Montag bis Donnerstag von 7.30 Uhr bis 19.30 Uhr und Freitag bis 15.30 Uhr weitere Auskünfte.

Elternzeit-Väter meinen es ernst

Väter, die für ihr Baby eine Jobpause einlegen, reduzieren danach ihre Arbeitsstunden im Beruf, um mehr Zeit für Kind und Familie zu haben. Das berichtet das Apothekenmagazin „Baby und Familie“ unter Berufung auf Mareike Brüning vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Sie ging dem Vor-

urteil nach, Väter nähmen wohl die zwei Monate Auszeit, aber danach sei die Mama dann wieder für alles zuständig - und fand es nicht bestätigt. Elternzeit-Väter verbringen im Schnitt eine Stunde pro Tag mehr mit ihren Kindern als Männer, die nicht in Elternzeit waren.

„Baby und Familie“ 9/2014

Handbuch zum Nachteilsausgleich

Bonn (kobinet) Bei der dualen Berufsausbildung behinderter Menschen gilt es, Nachteile der Betroffenen auszugleichen. Hierzu gibt es ein neues Handbuch, das die verschiedenen Nachteilsausgleiche darstellt. „Welche Möglichkeiten gibt es? Was ist gesetzlich geregelt? Welche Beeinträchtigungen und Einschränkungen können aus welchen Behinderungsarten entstehen, und wie können sie individuell angemessen berücksichtigt werden? Diese Fragen, die sich bei der praktischen Umsetzung beruflicher Inklusion häufig stellen, greift die neue Publikation „Nachteilsausgleich für behinderte Auszubildende - Handbuch für die Ausbildungs- und Prüfungspraxis“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf.

Die Publikation kann beim Bertelsmann Verlag (wbv) unter service@wbv.de, Bestell-Nr. 113-001, für 29,90 Euro bestellt werden.

Inklusive Schulen gesucht: Bewerbungsstart für Jakob Muth-Preis

Seit Anfang September können sich inklusive Schulen erneut um den Jakob Muth-Preis bewerben. Der Preis zeichnet seit 2009 Schulen aus, die inklusive Bildung beispielhaft umsetzen und so allen Kindern die Möglichkeit eröffnen, an hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre individuellen Potenziale zu entwickeln. Träger sind die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, die Deutsche UNESCO-Kommission und die Bertelsmann Stiftung.

Die Bewerbungsfrist endet am 15. November 2014.

www.jakobmuthpreis.de

Anzeige -



**Institut für
Jugendarbeit
Gauting**

Zusatzausbildung (VII. Ausbildungsgang)

**Anti-Gewalt-Training
Konfrontatives Ressourcentraining (AGT/KRT)**

Start: 24. November 2014

- Befähigung zur eigenständigen Durchführung von Anti-Gewalt-Trainings und Konfrontativen Ressourcentrainings
- Vermittlung von fundiertem Hintergrundwissen über gewalttätiges Verhalten
- Einüben eines breiten Methodenrepertoires der konfrontativen und ressourcenorientierten Pädagogik

Der Kurs umfasst insgesamt 23 Kurstage in 7 Modulen.
Er schließt im Februar 2016 mit einem Zertifikat ab.
Bitte ausführliche Konzeptmappe anfordern.

Institut für Jugendarbeit | Germeringer Straße 30 | 82131 Gauting
Fon 089 | 89 32 33-0 | Fax 089 | 89 32 33-33
tierling@institutgauting.de | www.institutgauting.de



Fachtag Betreuungsvereine - Rückblick und Ausblick

Für eine bessere Verzahnung der Akteure im Bereich der Rechtlichen Betreuung plädierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages „Ehrenamt stärken, Betreuungsvereine fördern, Netzwerke bilden“, den die AG Betreuungsvereine der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö/F) im Münchner Hansa-Haus veranstaltet hatte. „Um eine angemessene und auf die Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmte Rechtliche Betreuung zu gewährleisten, braucht es das Zusammenwirken von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitwirkenden in einem funktionierenden Netzwerk sowie eine adäquate Finanzierung der Betreuungsvereine“, so die LAG Ö/F.

Hans-Uwe Kahl, Leitender Ministerialrat am Justizministerium, wies darauf hin, dass die Stärkung der Vorsorgemöglichkeiten ein wichtiges Anliegen sei. Zudem müsse die Stärkung der Rechte Betreuer ganz vorne stehen. Daher gelte es, „die Menschen mit Betreuungsbedarf sowie deren Angehörige aktiv ins Boot zu holen und mit allen Beteiligten eine durchgängig hohe Qualität der

Arbeit zu sichern.“ Während in Bayern die Ehrenamts-Quote bei rund 70 Prozent liege, betrage die Quote familienfremder Ehrenamtlicher nur 5-7 Prozent. Insofern plädierte Kahl für eine Stärkung des Ehrenamtes und lobte besonders das Engagement ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer. „Sie leisten einen wichtigen Dienst für die Betreuten sowie für die gesamte Gesellschaft.“

Burkard Rappl, Ministerialdirigent am Sozialministerium, rief zu noch mehr Vernetzung und Kooperation der Akteure im Betreuungswesen auf. „Gerichte, Behörden, Vereine: Alle müssen zusammenarbeiten für den Schutz und die gleichberechtigte Teilhabe in rechtsgeschäftlichen Angelegenheiten“, so Rappl. Er lobte ausdrücklich die Rolle der Betreuungsvereine, „die einen wichtigen Beitrag dazu leisten, niemanden am Rand der Gesellschaft zurückzulassen“. Das sei eine „fundamentale Aufgabe“, die mit großem Engagement und großer Kompetenz angegangen werde. Hierfür sicherte Rappl den weiteren Einsatz des Sozialministeriums für eine Verbesserung der Finanzierung der Querschnittsarbeit zu.

Horst Böhm, Landgerichtspräsident aus Regensburg, präsentierte eine juristische Einordnung der Thematik, in der er der Rechtlichen Betreuung die „anderen Hilfen“ gegenüberstellte. Seine Grundthese lautete: Durch die Vermittlung „anderer Hilfen“ lassen sich Rechtliche Betreuungen vermeiden. Zugleich fragte er bewusst kritisch, ob „andere Hilfen“ ebenso gut wie die Rechtliche Betreuung seien? Seine Forderung formulierte er daher wie folgt: „Das Betreuungsgericht muss von Amts wegen Effektivität, Nachhaltigkeit und Wirksamkeit einer ‚anderen Hilfe‘ überprüfen, wenn es eine Rechtliche Betreuung ablehnen will.“

Alexandra Myhsok, Referentin Rechtliche Betreuung beim SkF-Landesverband und Sprecherin der AG Betreuungsvereine in der LAG Ö/F, verdeutlichte anhand von Statistik die Brisanz der Thematik. „Die steigenden Betreuungszahlen beweisen, wie wichtig die Gewinnung von Ehrenamtlichen für diesen Bereich ist.“ Allerdings dürfe man nicht nur die Notwendigkeit betrachten, sondern müsse auch die Chancen für Betreuer und Betreute im Blick behalten: „Hier gibt es einen



Rege Beteiligung und kritische Rückfragen zur Thematik in der Podiumsrunde.

echten Mehrwert für beide Seiten“, warb Myhsok. Mit der derzeitigen Finanzierung durch den Freistaat sei die gesellschaftlich notwendige Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine jedoch nur eingeschränkt leistbar. Im bundesweiten Vergleich stehe Bayern bei der Landesförderung weiterhin an beschämender vorletzter Stelle.

Uwe Brucker, Fachgebietsleiter Pflegerische Versorgung beim MDS wies besonders auf die Dimension der Betreuung als „soziales Phänomen“ hin. Auffällig sei die Zunahme psychischer Erkrankungen. „Akteure, die im Bereich Betreuung vernetzt gehören sind Betreuungsgerichte, Behörden, Pflegedienste, Pflegeheime, Betreute, Berufsbetreuer, ehrenamtliche Betreuer sowie Betreuungsvereine“, fasste Brucker zusammen. So müsse insbesondere die ehrenamtliche Betreuung in eine kommunale Ehrenamtsstrategie eingebunden sein.

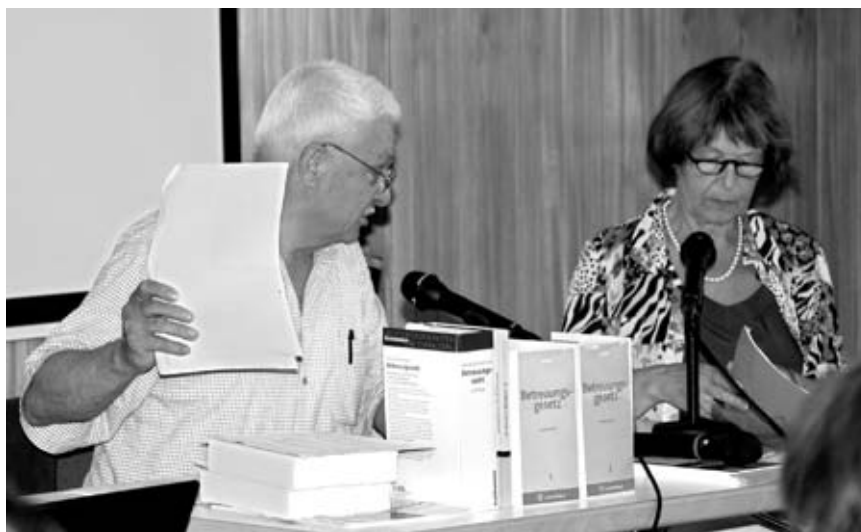
Das Seniorentheater Regensburg brachte dem Publikum mit seiner Darbietung die Bedeutung eines wertschätzenden Umgangs bei der ehrenamtlichen Betreuung humoristisch nahe. Die Vorstellung von Best-Practice-Beispielen zeigte, wie durch kreative Ideen und innovative

Konzepte das Thema Rechtliche Betreuung öffentlichkeitswirksam platziert werden kann.

Prof. Dr. Doris Rosenkranz von der TH Nürnberg nahm sich als Expertin für Fragen des Ehrenamtes der Thematik von wissenschaftlicher Seite an. Sie betonte, dass die Gewinnung aber auch das Halten von Ehrenamtlichen eine immer größere Herausforderung darstelle, die „nicht nebenbei laufen könne, sondern konkreter Strukturen bedürfe“. In Vorbereitung hierzu plädierte sie für eine wissenschaftliche Untersuchung in Form einer „Stakeholder-Analyse“.

Im Rahmen der kontrovers geführten Podiumsdiskussion mit Vertretern des Betreuungswesens, aber auch der Politik wurde die Vielschichtigkeit der beteiligten Akteure und deren Interessen sowie die Komplexität der Rechtlichen Betreuung nochmals deutlich. Damit stellt der Fachtag nicht den Abschluss der Diskussion dar, sondern soll vielmehr den Anstoß zu einer neuen Entwicklung - einem Paradigmenwechsel im Betreuungswesen - geben.

Korbinian Morhart
Ariane Kunze



Seniorentheater Kulissenzauber mit „Der Ehrenamtliche in der Amtsstube“.

Multinationale Teams erfolgreich führen

Das Pflegepersonal in stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten - insbesondere in Großstädten - hat häufig Migrationshintergrund. Dies hat zur Folge, dass sich multinationale Teams bilden. Aufgrund des akuten Fachkräftemangels in der Pflege wird dieser Trend weiter zunehmen. Multinationale Teams können eine Bereicherung sein und Impulsgeber für die Öffnung der Einrichtung für Bewohner unterschiedlichen kulturellen Hintergrunds. Zugleich sind sie aber auch eine Herausforderung für die Führungsebene, da die Komplexität der Führungsaufgaben erhöht wird. Am Beispiel einer großen Einrichtung der Sozialservice-Gesellschaft des Bayerischen Roten Kreuzes GmbH soll gezeigt werden, wie multinationale Teams erfolgreich geführt werden können. Anna-Maria Koniecko-Sippel, Personalentwicklung in der Sozialservice-Gesellschaft des BRK GmbH, Seniorenwohnen Kieferngarten, München, und Christian Pietig, Geschäftsführer der Sozialservice-Gesellschaft des BRK GmbH, München, sind die Referenten.

Der Vortrag B15 „**Multinationale Teams erfolgreich führen**“

findet am **Mittwoch, 5. November 2014 von 16:30 bis 17:30 Uhr** statt.

Nutzen Sie die Möglichkeit, noch mehr über das Projekt „ZuWaGs“ und die erfolgreiche Führung von multinationalen Teams zu erfahren. Wir freuen uns auf Sie!

Bayerisches Rotes Kreuz 

Gesunde Führung und Führung von multinationalen Teams

Best Practice Beispiele auf der ConSozial 2014

ZusammenWachsenArbeitGestalten (ZuWaGs) Das Demographie- und Tarifprojekt

Praxistauglich, motivierend und nachhaltig - nach diesen Prinzipien entwickelt das Demographie- und Tarifprojekt, das zwischen der Landesgeschäftsstelle des Bayerischen Roten Kreuzes und der Gewerkschaft ver.di Bayern vereinbart wurde, Verfahren, um Dienstleistungsarbeit alters- und altersgerecht zu gestalten und den demografischen Wandel zu meistern.

Das Ziel: Gute Arbeit für Jung und Alt

Dafür gilt:

- Gemeinsam mit den Tarif- und Sozialpartnern Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch in älter werdenden Belegschaften alle Beschäftigten die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen können
- Lebenslanges Lernen durch Qualifizierung und Weiterbildung zu ermöglichen
- Beruf und Familie optimal zu vereinbaren - auch bei Erziehungs- und Pflegeverantwortung

- Erwerbs- und Berufsverläufe so zu gestalten, dass Beschäftigte gesund und motiviert bis zum Rentenalter erwerbstätig bleiben
- eine gesundheitsfördernde und wertschätzende Führungskultur in den Betrieben zu etablieren
- und diese Aspekte betrieblich und tariflich zu vereinbaren, um sie nachhaltig abzusichern.

Leonhard Stärk, BRK-Landesgeschäftsführer und Lorenz Ganterer, ver.di werden das Projekt am

Mittwoch, 5. November 2014 von 13:30 bis 15:00 Uhr

im Rahmen des Kongresses der ConSozial vorstellen.

Im Programm der ConSozial finden Sie den Vortrag B4 unter dem Titel

“Gute Arbeit für Jung und Alt: Motivierend, praxistauglich und nachhaltig“.

Kontakt und Info:

Bayerisches Rotes Kreuz | Landesgeschäftsstelle
Landesgeschäftsführung | Leonhard Stärk
Garmischer Straße 19 – 21 | 81373 München
Email: staerk@lgst.brk.de

Demografiefeste Personalpolitik in der Pflege

Arbeiterwohlfahrt. Dieses Mantra kennt nahezu jeder in diesem Land: Die Menschen in Deutschland werden immer weniger und immer älter. Ergo müssen die Bürgerinnen und Bürger künftig im Durchschnitt länger arbeiten als bisher. In der Tat steigt der Anteil der über 65-Jährigen, während der der unter 18-Jährigen sinkt. Ohne Frage, der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft - insbesondere die Arbeitswelt - vor einige große Herausforderungen.

In der Pflege treten die mit dem demografischen Wandel verbundenen Fragen in besonders kennzeichnender Weise auf. Weithin diskutiert ist dabei die zunehmende Zahl alter und älterer Menschen, die damit steigende Zahl der Pflegebedürftigen und natürlich der damit verbundene steigende Bedarf an Pflegekräften. Zugleich - und das ist die andere Seite der zu betrachtenden Medaille - sinkt das Angebot an jüngeren, fachlich gut qualifizierten Pflegekräften. Zudem führen hohe berufsspezifische Belastungen dazu, dass langjährig Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen dem aktiven Pflegedienst den Rücken zuwenden, in andere Bereiche versetzt werden oder ganz aus dem Beruf aussteigen.

Es ist müßig darüber zu streiten, ob der Fachkräftemangel in der Pflege droht oder ob er schon eingetreten ist. Will man die Zukunft gestalten und nicht nur bewältigen, ist die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel jetzt geboten. Wie die Politik dabei mit den Herausforderungen umgeht, scheint indes - und dies gilt besonders für die Pflege - kein geeigneter Weg zu sein. Als allgemeine Allzweckwaffe wird die Erhöhung des Renteneintrittsalters eingesetzt. Hinzu kommen Appelle an die Arbeitgeber, vermehrt ältere Menschen einzustellen

und auf deren Erfahrung zu setzen. Rahmenbedingungen, damit diese Schritte umgesetzt werden können, ohne die Arbeitnehmer- und die Arbeitgeberseite über Gebühr zu belasten, schafft der Gesetzgeber bis dato aber kaum.

Setzt man auf längere Lebensarbeitszeiten, sind gerade für die Fachkräfte in einem - sowohl physisch als auch psychisch - derart belastenden Beruf wie der Pflege flankierende Maßnahmen wie z. B. gleitende Übergänge in den Ruhestand, ohne dass dadurch Rentenansprüche gemindert werden, zwingend erforderlich.



Die bayerische Arbeiterwohlfahrt als Arbeitgeber mehrerer tausend Stellen im Pflegebereich beobachtet diese Entwicklung mit sehr großer Besorgnis; ebenso wie die Reichweite des Teilzeit- und Befristungsgesetzes, die Streichung der staatlichen Förderung von Altersteilzeit und die Etablierung von Leiharbeit.

Gleichwohl sind Lösungsansätze nicht nur auf politischer Ebene zu suchen. Auch die AWO-Einrichtungsträger und die Pflegeeinrichtungen sind gefordert. Aufgrund des steigenden Durchschnittsalters beim Pflegepersonal und der immer schwieriger werdenden Nachwuchsgewinnung wird die Personalarbeit



immer wichtiger. Durch diesen Wandel werden fast alle Bereiche der Personalarbeit beeinflusst, wie z. B. Personalführung und Rekrutierung, Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung, Qualifizierung und Kompetenzentwicklung sowie Gesundheit und Arbeitsschutz.

In der Zusammenschau lässt sich feststellen: Politisch herbeigeführte gesellschaftliche Probleme können nicht auf unternehmerischer oder betrieblicher Ebene allein gelöst werden. Es gilt Problemlagen zu identifizieren, zu analysieren und dann in einem zweiten Schritt festzulegen, ob Problemlösungen auf der gesellschaftlichen bzw. politischen oder der unternehmerischen bzw. betrieblichen Ebene anzustreben sind.

Dieses Ziel verfolgt eine vom Arbeitgeberverband der bayerischen Arbeiterwohlfahrt und ver.di Bayern eingesetzte Arbeitsgruppe.

Für Wohlfahrtsverbände wie Gewerkschaften gilt es dann, verstärkt politisch Einfluss zu nehmen, um zu verdeutlichen, dass sich der demografische Wandel gerade in der Pflege in mehrfacher Hinsicht auswirkt und sowohl Lösungsansätze auf der politischen Ebene wie auch auf der unternehmerischen Ebene zu suchen sind. Auf der unternehmerischen Ebene unter Umständen sogar in Form von zu tarifierenden Ansätzen.

*Wolfgang Schindele, Geschäftsführer
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern*

*Rainer Mosandl, Geschäftsführer
AWO-Kreisverband Roth-Schwabach*

„Sind wir nicht alle ein bisschen anders?“ Fotowettbewerb: Preisverleihung und Vernissage



Die stolzen und glücklichen Gesichter der Preisträgerinnen und Preisträger sprachen für sich: Im feierlichen Ambiente der Ehrenhalle des Nürnberger Rathauses nahmen die Gewinnerinnen und Gewinner in den Kategorien Jugend und Erwachsene freudestrahlend ihre Preise und Urkunden aus den Händen der Jurymitglieder entgegen.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projektes „Inklusiver Tiergarten Nürnberg“ stand Ende 2013 beim Paritätischen in Mittelfranken fest, es muss weitergehen in diese Richtung. Das Projektteam ebenso wie die Beteiligten suchten nach einem Anschlussprojekt, um noch mehr Öffentlichkeit für das Thema Inklusion, Teilhabe und Miteinander



Der 1. Preis in der Kategorie Erwachsene ging an Sabine Sauerwein (Mitte) mit ihrer Fotoserie „Mein Porträt“
Foto: Der Paritätische

und vielfältig wie der Begriff selbst. Eine vierköpfige Jury von namhaften Experten aus verschiedenen Bereichen der Kunst- und Kulturszene ermittelte die jeweils drei

und vor allem zur Entstehung und Intention ihrer eingesandten Fotos. Bemerkenswert waren dabei Aussagen wie: „Wir Menschen mit Behinderung müssen mit den anderen reden und sagen, was wir brauchen – woher sollen sie es sonst wissen?“ oder „Die Menschen müssen die Angebote auch annehmen, mitmachen, teilnehmen, hingehen, aktiv sein, Kritik und Zustimmung äußern – nur so kann Teilhabe funktionieren!“



zu schaffen und das Bewusstsein in der Bevölkerung für Ausgrenzung und Barrieren zu schärfen. Das war die Geburtsstunde des Fotowettbewerbs „Sind wir nicht alle ein bisschen anders? Vielfalt lebt durch Miteinander“, der Anfang 2014 ausgelobt wurde. Die rund 90 eingesandten Fotos zum Thema Inklusion waren so facettenreich

Preisträgerinnen und Preisträger sowie die weiteren zwölf Bestplatzierten, die in eine Fotoausstellung aufgenommen wurden.

Die über 100 Gäste der Vernissage lauschten beeindruckt den Ausführungen der anwesenden Preisträgerinnen zu ihrer Person, ihrer Motivation zur Teilnahme am Wettbewerb

Die Fotoausstellung wird noch bis Ende Juli in der Ehrenhalle des Nürnberger Rathauses zu sehen sein, bevor sie als Wanderausstellung auch an anderen Orten in ganz Mittelfranken zu besichtigen sein wird. Für den Herbst bereits fest gebucht ist das Sozialrathaus des Bezirks Mittelfranken. Das Projektteam wünscht sich viele Besucherinnen und Besucher so bunt wie die Fotos, so vielschichtig wie die Gesellschaft und so engagiert wie die Einsenderinnen und Einsender, an die wir nochmals ein herzliches Dankeschön richten!

ConSozial
5. November
11.00-12.00 Uhr

Von der Dienstleistung zur Interessenvertretung - Finanzierung der Behindertenhilfe neu denken

Der Vortrag stellt Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum gewandelten (Finanzierungs-) Verhältnis von Kostenträgern und Leistungserbringern in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen dar.

Die Finanzierung der Behindertenhilfe erlebte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Versuche der Neuordnung. Stets sollten traditionelle Systematiken der Selbstkostenorientierung durch moderne leistungs- oder bedarfs- oder personenorientierte Systematiken ersetzt werden. Derzeit tagen in Berlin wiederum Gremien, in denen die Reform der Finanzierung der Behindertenhilfe vorbereitet wird.

Die empirische Untersuchung dieser Entwicklung zeigt, dass sich Kostenträger und Leistungserbringer von solchen Reformversuchen relativ wenig beeinflussen ließen. Diese Betrachtung zeigt jedoch auch, wodurch sich das System Behindertenhilfe in der Vergangenheit beeinflussen ließ. Wenn man aus der Entwicklung der Finanzierung der Behindertenhilfe Schlüsse zieht, kommt man zu einem „neuen“ Verhältnis von Kostenträgern, Betroffenen und Leistungserbringern, das allen Beteiligten neue Handlungsoptionen in der Finanzierung ermöglicht.

*Dr. Sascha Weber
Paritätischer Wohlfahrtsverband,
Landesverband Bayern e.V.*

2. Fachtag Schuldnerberatung in der JVA

1. Oktober 2014 | Justizpalast München

Seit Ende 2013 haben Strafgefangene in allen Justizvollzugsanstalten in Bayern die Möglichkeit, Schuldnerberatung von externen Fachkräften in Anspruch zu nehmen.

Die Arbeit mit Inhaftierten in einer Justizvollzugsanstalt bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich. Das betrifft die für die Arbeit maßgeblichen rechtlichen Grundlagen, hat ganz viel zu tun mit den vorgegebenen strukturellen Rahmenbedingungen und bezieht sich auch auf die besondere psychosoziale Situation der Ratsuchenden in einer JVA. Die Schuldnerberater wurden in ei-

ner dreitägigen Veranstaltung auf die Arbeit in der JVA vorbereitet. Abgerundet wird diese Einführungsreihe nun mit einem weiteren Fachtag im Justizministerium. Inhaltlich geht es auf dieser Veranstaltung schwerpunktmäßig um Qualitätsaspekte in der Beratungsarbeit und um die Nachhaltigkeit der Beratung überschuldeter Strafgefangener. Mit den Referent/innen Bernhard Moninger und Sybille Schwenk konnten zwei sehr erfahrene Fachleute gewonnen werden, die aus ihren jeweiligen Praxiszusammenhängen berichten können.



15. Bayerische Jahrestagung Schuldnerberatung

Menschen in Abhängigkeit

4. und 5. November 2014 | Haus St. Ulrich, Augsburg

Abhängigkeit - Sucht - Schulden verstärken sich in ihrer Wechselwirkung: Abhängige Menschen sind besonders anfällig für Überschuldung und andererseits lösen Schulden Suchtprobleme aus. Gleichzeitig kann diese Wechselwirkung sowohl die Therapie, wie auch den Entschuldungsprozess erheblich belasten.

Referenten:

- Prof. Dr. Susanne Schlabs, Ostfalia-Hochschule referiert über „Beziehungsabhängigkeit und Schulden“.
- Bernd Zschiesche, Blaues Kreuz über das Krankheitsbild „Alkoholismus“
- Annalena Koitek, Landesstelle für Glückspielsucht „Glückspielsüchtige in der Schuldnerberatung (k)ein Thema?“

Ausführliches Programm und Online-Anmeldung: www.lagoefw.de

Steigende Zahl von Asylbewerbern und minderjährigen Flüchtlingen Städte brauchen mehr Unterstützung vom Freistaat

Städtetag. Die Zuwanderung von Asylbewerbern ist weiter gestiegen und soll 2014 mit 30.000 Neuzugängen einen neuen Höhepunkt erreichen. Gleiches gilt für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die im Bereich der Jugendhilfe untergebracht werden: In den letzten Jahren kamen ca. 600 minderjährige Flüchtlinge; für 2014 werden 1.500 bis 2.000 alleine reisende Minderjährige erwartet. Außerdem nimmt Deutschland aus humanitären Gründen zum Beispiel Flüchtlinge aus Syrien auf.

In einem Spitzengespräch Ende Juli hat der Bayerische Städtetag Sozialministerin Müller darauf hingewiesen, dass die Gewährung von Asyl zunächst keine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft ist und sich der Freistaat stärker engagieren muss. Dies beginnt beim Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende, der bedarfsdeckenden Kostenerstattung bei Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden durch Kommunen, Unterbringung der Kinder in Kitas, die Förderung der Asylsozialberatung durch Wohlfahrtsverbände und durch eine angemessene Personal- und Finanzausstattung bei Gesundheitsämtern, Regierungen und zentralen Rückführungsstellen. Denn nur, wenn die Aufnahme Asylsuchender, ihre

Unterbringung und Versorgung, die schnelle Abwicklung der Asylverfahren, die Integration anerkannter Flüchtlinge und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber vorankommt, kann die steigende Zahl von Asylsuchenden weiter ordentlich bewältigt werden. Letztlich ist die Dauer des Asylverfahrens entscheidend dafür, ob und wieviel zusätzliche Unterkünfte und Finanzmittel benötigt werden. Zumindest konnte erreicht werden, dass beim Bundesamt für Migration 300 zusätzliche Stellen für Entscheider in Asylverfahren geschaffen werden. Jedoch muss jetzt das Land die Personalkapazitäten bei zentralen Rückführungsstellen schaffen.

Nach der UN-Kinderrechtskonvention und dem Kinder- und Jugendhilferecht sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut zu nehmen und in geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen. In einem Kraftakt haben die Kommunen 2013 und 2014 mit den Wohlfahrtsverbänden 1.200 zusätzliche Plätze geschaffen. Da 2014 bereits 1.500 zusätzliche junge Flüchtlinge erwartet werden, müssen sie die Ausbauleistung weiter steigern. Der Freistaat wurde aufgefordert, die Kostenerstattung für die kommunale Jugendhilfe zu verbessern: Zunächst muss das Kostenerstattungsverfahren vereinfacht werden

und die Bezirke, die in Bayern diese Kosten mit kommunalem Geld finanzieren, müssen entlastet werden. Es kann nicht Aufgabe der Kommunen

sein, dem Staat Flüchtlingswanderungen abzunehmen. Gleiches gilt für die bisher bei den Jugendämtern verbleibenden Kosten für Verwaltung, Vormundschaften und Sozialdienst.

Die Kommunen müssen hier entlastet werden und der Freistaat muss sich künftig auch mit eigenen Einrichtungen um die Inobhutnahme der minderjährigen Flüchtlinge kümmern. Bei einer so gewaltigen Aufgabe kann es nicht 96 bayerischen Jugendämtern überlassen werden, rund um die Uhr erreichbar zu sein und Spezialisten etwa für Altersfeststellungen vorzuhalten. Der Städtetag setzt sich bei den Ministerien für eine umfassende Unterstützung der Kommunen ein: Neben dem Sozialministerium ist das Innenministerium (Ausländerrecht, Rückführungen) beteiligt, das Kultusministerium (Beschulung und spezielle Übergangsklassen) und nicht zuletzt das Finanzministerium, das hier zusätzliche Mittel bewilligen muss.



- Anzeige

Fürsorge.

Wir sichern Sie ab.

Als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen, wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Funk Humanitas GmbH
Herr Thomas Ollech
Herr Rüdiger Bexte
fon +49 89 5446810

FUNK-GRUPPE.COM



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER UND RISK CONSULTANTS

Ehrenamtliche Patenprojekte

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Städtetag. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kann nur in den Städten und Gemeinden, also vor Ort und nah an den Bürgern, gelebt werden. Das ehrenamtliche Engagement ist dafür eine tragende Säule, die sich zum Beispiel in Patenprojekten zeigt.

Bereits seit vielen Jahren gibt es in den bayerischen Städten sogenannte Patenprojekte, die in unterschiedlicher Ausprägung Menschen mit Migrationshintergrund in der örtlichen Gemeinschaft an die Hand nehmen. Die Paten geben ihr Wissen und ihre Erfahrungen im persönlichen Kontakt an Migrantinnen und Migranten weiter. Der bayerische Integrationsbeauftragte, Martin Neumeyer, MdL, und der Bayerische Integrationsrat machen sich bayernweit für solche Patenprojekte stark.

Der Bayerische Städte 2009 in Mühldorf am Inn hat sich konzentriert mit dem Thema „Städte schaffen Integration“ auseinander-



gesetzt. Bei der Tagung und im umfangreichen Diskussionspapier wurden verschiedene Beispiele für das Gelingen der Integration vor Ort dargestellt. Damals haben einzelne Mitgliedstädte aus ihren praktischen

Erfahrungsbereichen heraus für das Diskussionspapier erarbeitet, wie wichtig es ist, das bürgerschaftliche Engagement für die Integration zu nutzen und zu stärken.

Jeder dritte Einwohner Bayerns engagiert sich bereits ehrenamtlich oder möchte sich gerne engagieren. Vor allem im Bereich aktiver Bürgerinnen und Bürger, die die berufliche Phase hinter sich haben, liegt noch enormes Potenzial. Häufig haben sich Ruheständler und Pensionisten ihre Vitalität und ihr Engagement unverändert bewahrt und sind gerne bereit, auch beim Ausbau von Patenprojekten in den bayerischen Kommunen mitzumachen. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist wiederum ein Patenprojekt die personifizierte Hand, die gereicht wird, um sie intensiv in die Gesellschaft einzubinden. Wegen der demografischen Entwicklung ist Deutschland in den nächsten Jahren mehr und mehr auf Zuwanderung angewiesen. Diese Zuwanderer gilt es dann auch zu integrieren und zu einem Bestandteil unserer Gesellschaft zu machen.

Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



- Versicherungslösungen, Risikominimierung und Schadenbetreuung
- Gestaltung von Altersvorsorgelösungen
- Versicherungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke
www.versicherungsstelle-ccb.de



ECCLESIA

Versicherungsdienst
GmbH

UNION

Versicherungsdienst
GmbH

Ecclesia / Union
Versicherungsdienst GmbH
Niederlassung München
Werner-Eckert-Straße 11
81829 München
Tel: 089/741154-0 - Fax: 089/741154-910

Diakonie legt „Neun-Punkte“-Plan zur Flüchtlingssituation in Bayern vor

Diakonie 
Bayern

Diakonie. Nürnberg. Nachdem Bayerns Ministerpräsident Seehofer die Situation der Flüchtlinge im Freistaat Medienberichten zufolge zur „Chefsache“ machen möchte, hat die Diakonie in Bayern ein Maßnahmenliste vorgelegt. „Sie enthält insgesamt neun Vorschläge, wie die Politik unseres Erachtens auf die Situation der Flüchtlinge reagieren sollte, um ihre Lage kurz- und mittelfristig zu verbessern“, so der 2. Vorsitzende der Diakonie Bayern, Dr. Tobias Mähner. Die Diakonie fordert im Vorfeld der Kabinettsitzung am Dienstag unter anderem ein Notfallprogramm für die Zukunft, um Kommunen rasch und unbürokratisch zu unterstützen, wenn sie Flüchtlinge unterbringen wollen. Weiterhin empfiehlt sie, unnötige Einschränkungen für Asylbewerber abzuschaffen und die Rolle Deutschlands in der Asylpolitik zukünftig realistisch darzustellen.

1. Ein Notfallprogramm für die Zukunft

Obwohl die Lage in den beiden bayerischen Aufnahmeeinrichtungen bereits kritisch ist, müssen wir damit rechnen, dass sich die Situation weiter zuspitzt. Die Bayerische Staatsregierung soll darum ein entsprechendes Notfallprogramm entwerfen, um auf weiter steigende Flüchtlingszahlen angemessen reagieren zu können. Dazu gehört die Bereitstellung finanzieller Mittel, um aufnahmewillige Kommunen bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

2. Priorität für den Bau neuer Erstaufnahmeeinrichtungen

Seit dem Jahr 2008 ist die Zahl der Asylsuchenden in Bayern kontinu-

ierlich gestiegen. Bereits in den vergangenen Jahren waren die beiden Aufnahmeeinrichtungen in Zirndorf und München zeitweise überfüllt. Dem beschleunigten Bau neuer Erstaufnahmeeinrichtungen - seit drei Jahren in der Diskussion - ist darum unbedingte Priorität einzuräumen.

3. Für die Aufnahme von Asylsuchenden werben

Die Staatsregierung soll auch öffentlich für eine positive Aufnahme der Asylsuchenden werben. Sie erhöht damit auch die Bereitschaft auf der örtlichen Ebene, Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei sollte die ethischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen hervorgehoben werden (EU-Charta, Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention). Damit kann die bayerische Staatsregierung auch dem negativen Bild von Asylsuchenden entgegenwirken, das in den vergangenen Jahren oftmals durch den pauschalen Vorwurf des „Asylmissbrauchs“ gezeichnet wurde.

4. Asylgipfel zukünftig regelmäßig

In der gegenwärtigen Situation ist eine politische Koordination erforderlich, um die große Herausforderung zu bewältigen, die durch die hohen Zugangszahlen an Asylsuchenden entstanden ist. Gerade bei der Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen hat sich sehr deutlich gezeigt, dass alle Ebenen effektiv zusammenarbeiten müssen, um zum Ziel zu kommen. Der im Juli 2014 von Sozialministerin Müller initiierte Asylgipfel war diesbezüglich ein guter Einstieg und sollte darum zukünftig in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

5. Immobilien des Bundes nutzen

Neben dem Freistaat ist auch der Bund in der Pflicht, wenn es um die Lösung der mit den steigenden Flüchtlingszahlen verbundenen Probleme geht. So verfügt der Bund über große leerstehende Immobilien auch in Bayern, die in der gegenwärtigen Unterbringungsnot helfen könnten. Darauf hat auch Entwicklungshilfeminister Gerd Müller kürzlich hingewiesen.

6. Finanzmittel des Bundes erhöhen

Neben den Immobilien werden vor allem auch finanzielle Mittel des Bundes benötigt. Der Bund muss darum die Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhöhen, um die steigenden Asylanträge bewältigen zu können. Zudem benötigen auch die Bundesländer weitere Finanzmittel um die steigenden Sozialausgaben für die Asylsuchenden und Flüchtlinge decken zu können.

7. Unnötige Einschränkungen für Asylbewerber aufheben

Die Erfahrung zeigt, dass ein großer Teil der Asylsuchenden aus verschiedenen Gründen in Deutschland bleibt - sei es wegen einer Anerkennung der Schutzbedürftigkeit oder aufgrund von praktischen Abschiebehindernissen. Es ist daher nur vernünftig, frühzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine spätere Integration erleichtern. Daher plädieren wir für einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang nach drei Monaten und bei genügendem Einkommen auch für die frühzeitige Erlaubnis zum Auszug aus den Asylunterkünften.



Wechsel beim Bezirketag

Die bestehenden Regelungen des bayerischen Aufnahmegesetzes sind zu restriktiv und sollten verändert werden. Dies verhindert die unnötige Alimentierung von Asylsuchenden.

8. Die Rolle Deutschlands nicht verzerren

Knapp ein Drittel (109.580) aller Asylanträge in Europa im Jahr 2013 wurden in Deutschland gestellt. Dies stellt unbestritten eine große Herausforderung für unser Land dar. Dennoch nimmt Deutschland im europäischen Vergleich nur eine Mittelposition ein: Schweden hat 4,6 und Malta 4,8 Asylsuchende je 1000 Einwohner aufgenommen, gefolgt von Österreich (2), Deutschland (0,8) und Großbritannien (0,4). Auch wenn die Lasten der Aufnahme innerhalb Europas ungleich verteilt sind, darf Deutschland in der politischen Debatte nicht als Hauptleidtragender dargestellt werden.

9. Lasten fair verteilen

Tatsächlich überfordert mit der Aufnahme großer Zahlen von Asylsuchenden hingegen sind die südeuropäischen und die osteuropäischen EU-Staaten, wie Italien, Griechenland und Bulgarien. Sie erhalten keine effektive Hilfe von der Europäischen Union. Die Berichte über die Obdachlosigkeit und mangelnde Versorgung der dort lebenden Flüchtlinge ist erschreckend, denn die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Um die Lasten zukünftig fair zu verteilen, benötigen wir eine Neuregelung zur Verteilung der Flüchtlinge.

Bayerischen Bezirketag. Zum 1. September dieses Jahres ging das langjährige Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirketags (vormals Verband der Bayerischen Bezirke), Norbert Kraxenberger, in den Ruhestand. In der Zeit seiner Tätigkeit als Leiter der Verbandsgeschäftsstelle fielen entscheidende Weichenstellungen



Norbert Kraxenberger

für die Bezirke insbesondere in den Bereichen der Sozial- und Gesundheitspolitik. Kraxenberger, der im Jahre 2007 sein Amt antrat, setzte besonders bei der Bündelung der ambulanten und stationären Eingliederungshilfe, die zum Jahre 2008 in den Bereich auf die dritte kommunale Ebene übergang, wichtige Akzente. Auch bei der Neuausgestaltung des Maßregelvollzugs, dessen vor Jahren diskutierte Privatisierung abgewendet werden konnte, erwarb sich Kraxenberger Verdienste. Vor allem seine guten Kontakte zu den Ministerien trugen dazu bei, dass für viele oft schwierige Herausforderungen gute und tragbare Lösungen gefunden werden konnten. Ein besonderes Anliegen war ihm auch die regionale Kultur. So wurde die von ihm mit initiierte Tagung „Alter und Kultur“ zu einem Wegweiser bezirklicher Kulturpolitik, der bis heute nachwirkt. Darüber hinaus nutzte Norbert Kraxenberger immer auch seine „guten Drähte“ in das Bay-

erische Finanzministerium, wenn es darum ging, in den jährlichen Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich (FAG) für die Bezirke und ihre wichtigen Aufgaben ein bestmöglichstes Ergebnis zu erzielen.

So war Kraxenberger in all den Jahren ein wichtiger Gesprächs- und Ansprechpartner für alle Gremien der Bezirke und des Bezirketags, dessen langjährige Verwaltungserfahrung diesen zugute kam. Der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Josef Mederer, würdigte Kraxenberger als einen Mitstreiter im Präsidium und an der Spitze der Geschäftsstelle, dessen Rat und Fachkompetenz geschätzt worden sei. Auch menschlich habe er stets für eine Atmosphäre guter und erfolgreicher Zusammenarbeit Sorge getragen.

Als Nachfolgerin trat am 1. September 2014 nunmehr Stefanie Krüger das Amt des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds an. Sie war zuvor Leiterin des Bayerischen Landesjugendamtes im Zentrum Bayern, Familie und Soziales. Bezirketagspräsident Mederer hieß sie herzlich Willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass Frau Krüger durch ihre langjährige Verwaltungserfahrung auch für den Bezirketag und die Bezirke ein Gewinn in der neuen Zusammenarbeit sein wird.“



Stefanie Krüger

Europäisch gefördertes ESF-Projekt des Landes-Caritasverbands Bayern zur Burn-Out-Prävention



Interview mit Expertin Christa Schübler

Sozialnachrichten: Ein bayerisches Projekt zur Stress- und Burn-Out-Prävention, das sich an Beschäftigte im Sozialwesen richtet? - Hat nicht jeder Stress im Job?

Schübler: Krankenschwestern und Altenpfleger, Erzieherinnen und Sozialpädagogen sind Tag für Tag mit den Sorgen der Menschen, mit Not und Krankheit, mit Leiden und Sterben konfrontiert. Dieser „Dienst am Nächsten“ kann die Mitarbeiter der sozialen Einrichtungen selbst krank machen, wenn man sich nicht offensiv mit den Belastungen des Jobs auseinandersetzt. Stress und Burn-Out treten hier öfter auf als in anderen Branchen. Erhebungen belegen, dass in manchen Arbeitsfeldern der Sozialwirtschaft bis zu 25 Prozent der Fehlzeiten durch psychische Belastungen verursacht sind. Da muss gehandelt werden – und zwar nicht erst, wenn der Druck schon groß ist, sondern bereits präventiv.

Sozialnachrichten: Wie kann solche Prävention aussehen?

Schübler: Im ESF-Projekt regen wir Führungskräfte in Einrichtungen von Trägern der freien Wohlfahrtspflege an, noch sensibler zu werden, was die Belastungen im Arbeitsalltag der Mitarbeiter angeht. Gesundheitsvorsorge, Erhalt der psychischen Stärke und Leistungsfähigkeit sowie das Entwickeln von persönlichen und beruflichen Perspektiven für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ganz klar Themen der Führungsarbeit.

Das sollen die Teilnehmer der entsprechenden Qualifizierungskurse vergegenwärtigen und dann vor Ort implementieren.

Sozialnachrichten: Die Sozialwirtschaft könnte eine der Branchen sein, die den Fachkräftemangel deutlich zu spüren bekommt. Kann Ihr Projekt dem entgegenwirken?

Schübler: Das hoffen wir sehr. Denn die schönen Berufe, die es in Pflege und Gesundheit, in Beratung und Fürsorge gibt, sind zwar herausfordernd, aber sehr erfüllend. Wenn Arbeitgeber zunehmend entdecken, dass sie mit guter Gesundheitsvorsorge und aktiver Organisationsentwicklung bei potenziellen Bewerbern punkten können, haben

sie sicher die Nase vorn gegenüber Betrieben und Branchen, in denen diese Themen noch zu wenig Beachtung finden. Positive Arbeit macht attraktiv nach innen und außen. Eine Förderstätten-Leiterin aus Schönbrunn berichtet zum Beispiel von einer noch bewussteren Kommunikationskultur, die bereits spürbar werde, die Geschäftsführerin einer Augsburger Sozialstation setzt in ihrem Team auf Anreize zu Fitness und Freizeitsport.

Sozialnachrichten: Was sind die wichtigsten Dinge, mit denen Chefs Mitarbeiterzufriedenheit und Arbeitsklima sofort stabilisieren oder sogar verbessern können?

Schübler: Anerkennung für gute Arbeit, Wertschätzung der je einzelnen Personen, mit denen man viele Stunden am Tag zusammen ist, und der optimale Einsatz jedes Einzelnen an der Stelle, die zu seinen Neigungen und Kompetenzen passt.

Das Interview führte Korbinian Morhart

Terminhinweis:

**„Gesund führen“
Förderung psychischer
Gesundheit in der bayerischen
Sozialwirtschaft im Fokus
- Projekt-Abschlusskonferenz -**

9. Oktober in Regensburg
9.30 bis ca. 17.30 Uhr

Kath. Akademie für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen in Bayern e. V.
Ostengasse 27 | 93047 Regensburg

Infos zu Programm und Anmeldung:
Telefon Nr.: 089 / 544 97-71

Weitere Informationen im Internet:
www.gesund-fuehren.net

Christa Schübler arbeitet im Referat EU-, Sozial- und Förderpolitik des Landes-Caritasverbands Bayern.

Die Qualifizierungskurse über gesundes Führen in der Sozialwirtschaft hatten 2013 und 2014 große Resonanz.

Eine Projekt-Abschlusskonferenz zum Thema findet im Oktober in Regensburg statt. (siehe Termin-Hinweis links)



EHRENAMTS KONGRESS 2014

Am 4. und 5. Juli 2014 fand in Nürnberg zum zweiten Mal der Ehrenamtskongress mit über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts statt. Veranstalter waren die Hochschulkooperation Ehrenamt und das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

Die Hochschulkooperation Ehrenamt ist ein Netzwerk dreier bayerischer Hochschulen, der LAGFW sowie des Landesnetzwerkes BE, vertreten durch Frau Prof. Dr. Doris Rosenkranz.

Das Besondere an diesem Kongress ist neben der wissenschaftlichen Orientierung die Perspektive. Nicht das Engagement einzelner Verbände oder Kommunen steht im Zentrum, sondern die Frage, mit welchen Instrumenten, mit welchem Know-How man den Veränderungen im Ehrenamt künftig begegnen kann. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand daher die praxisnahe Vermittlung wissenschaftlicher Beiträge und aktueller Ergebnisse der Engagementforschung im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen, Workshops und Exkursionen. Referenten aus den Niederlanden und Israel erweiterten die Perspektive auf das bürgerschaftliche Engagement in anderen Ländern. Gleichzeitig bot der Kongress, mit dem Rahmenprogramm für die Akteure aus den verschiedenen Engagementbereichen, Möglichkeiten zu Austausch und Vernetzung. Neben verschiedenen Musikern sorgte hier das Catering des Restaurant Estragon, Mitglied im „Der Paritätische“, für einen gelungenen Rahmen.

Um die Praxisrelevanz der angebotenen Themen zu sichern, haben die Veranstalter im Vorfeld den Teilbereich Zivilgesellschaft und Ehrenamt der Freien Wohlfahrtspflege Landesarbeitsgemeinschaft Bayern, den Runden Tisch Ehrenamt und die Mitglieder des Landesnetzwerkes

Bürgerschaftliches Engagement in die Themenfindung eingebunden. Über die Homepage des Ehrenamtskongress hatten außerdem alle Interessierten Personen die Möglichkeit, Anregungen und Impulse zur Gestaltung des Kongresses beizusteuern. Inhaltlich eröffnet wurde der Kongress mit Plenumsvorträgen von Prof. Dr. habil. Thomas Klie zum Thema „Caring Community“ und von Bud Willim zu der Frage wie Kooperationen zwischen Unternehmen und sozialen Initiativen gelingen können.

Die Teilnehmenden konnten dann aus einem breiten thematischen Spektrum von 19 Workshops und 21 Exkursionen wählen. Im Rahmen der Exkursionen schilderten Fachleute aus der Praxis Erfahrungen zu verschiedenen Themen und diskutierten diese mit den Teilnehmenden. Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement außerhalb gewachsener Strukturen schilderten Dominik Fischer von der ehrenamtlichen Initiative „Deggendorf räumt auf!“ und Leonard Stärk vom Bayerischen Roten Kreuz anhand der Flutkatastrophe im Juni 2013. Im Rahmen der Workshops gab beispielsweise Andreas Bartels, EU-Referent beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, einen fundierten Einblick in die bestehenden Förderprogramme der Europäischen Union, während Hermann Gabel und Kerstin Gressel vom Landratsamt Würzburg schilderten, wie bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene unterstützt werden kann.

Alf Pille und Rita Verma vom Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. (LBV) entwickelten gemeinsam mit den Teilnehmenden Strategien um einer möglichen Überlastung

von ehrenamtlichen Vorständen zu begegnen.

Im Rahmen des Trilog wurde das Thema „Monetarisierung“ im Ehrenamt aufgegriffen. Mit Prof. Dr. iur. Klaus Armbrüster, Prof. Dr. iur. Thomas Beyer und Dr. Thomas Röhke bezogen drei Experten aus unterschiedlichen Blickwinkeln Stellung zum Thema.

Unter dem Motto „Habe die Ehre !?“ Engagement in den Medien“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Printmedien und Fernsehen, welchen Stellenwert bürgerschaftliches Engagement in den Medien einnimmt. Neben Fragen aus dem Publikum gingen sie auch darauf ein, wie eine Geschichte interessant wird und was Ehrenamtliche und Organisationen unternehmen können, um mit ihren Geschichten in den Medien präsent zu sein.

Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass der engagementfeld- und verbandsübergreifende Ansatz erneut sehr gut angenommen wurde. Aufgrund der zahlreichen positiven Rückmeldungen von Teilnehmenden und Referentinnen und Referenten ist es besonders erfreulich, dass Frau Staatsministerin Emilia Müller eine Neuauflage des Ehrenamtskongresses für 2016 angekündigt hat.

Weitere Informationen, Kontaktmöglichkeit, Bilder und die Dokumentation der Beiträge des Ehrenamtskongresses 2014 finden Sie unter:
<http://ehrenamtskongress.de>

*Tobias Goldmann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Technische Hochschule Nürnberg*

*E-Mail:
tobias.goldmann@th-nuernberg.de*



BÜCHER EMPFEHLUNG

Doris Rosenkranz (Hrsg.)
Angelika Weber (Hrsg.)

Freiwilligenarbeit Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit

Beltz Juventa Verlag
2. aktual. Auflage (Sept. 2012)
Taschenbuch: 296 Seiten
26,90 Euro
ISBN-10: 3779919591



Das Ehrenamt in Deutschland steht vor einem deutlichen Umbruch, auf den Soziale Dienste und Einrichtungen reagieren müssen. Dieser Band bündelt die zentralen Fragestellungen und Ansätze für praxisorientierte Lösungen aus der Sicht unterschiedlicher Fachdisziplinen.

Er wendet sich an Verantwortliche der öffentlichen Sozialverwaltung und an Wirtschaftsunternehmen, vor allem jedoch an Praktiker/innen und Studierende der Sozialen Arbeit und des Sozialen Managements.

Christian Felber

Die Gemeinwohl-Ökonomie Aktualisierte und erweiterte Neuauflage

6. Auflage | Deuticke Verlag
17,90 Euro (broschiert) | 13,99 (Kindle Edition)
ISBN: 3552061886

Eine demokratische Bewegung wächst: Christian Felbers alternatives Wirtschaftsmodell, die „Gemeinwohl-Ökonomie“, in einer überarbeiteten Neuauflage mit den Ergebnissen und Erkenntnissen des ersten Jahres. Mehr als tausend Privatpersonen, Politiker/innen, Initiativen und Unternehmen haben sich der Idee angeschlossen, die Gemeinwohl-Bilanz wurde mit über hundert Pionier-Unternehmen präzisiert, zahlreiche Regionalgruppen in Deutschland, Österreich und Italien sind aktiv geworden und haben eine gemeinsame Strategie für die kommenden fünf Jahre entwickelt.



Vera Birtsch | Sabine Behn |
Gabriele Bindel-Kögel (Hrsg.)

Freiwilligenarbeit gestalten Anregungen für die ehrenamtliche Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien

reinhardt-Verlag 2014.
240 Seiten
26,90 Euro
ISBN: 978-3-497-02445-2
Engagement fördern



Wie können freiwillig Engagierte optimal begleitet und gefördert und die Potentiale der Freiwilligenarbeit ausgeschöpft werden?

Mit detaillierten Praxisbeschreibungen führt das Buch in unterschiedliche Projekte der Freiwilligenarbeit ein. Der Fokus liegt dabei auf der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Bandbreite der Projekte erstreckt sich von ersten Hilfen nach der Geburt bis hin zu bürgerschaftlichem Engagement beim Übergang von der Schule in die Ausbildung.

Zu den biografischen Phasen - vor, während und am Ende der Schulzeit - gibt es kompaktes Grundlagenwissen und praktisches Know-how. Besonderes Augenmerk liegt auf Kindern mit Migrationshintergrund.